

Außenansicht

Jeder will, keiner mag

Das Streben nach Atomwaffen (II): Egal, wie in Iran die Wahl ausgeht - der Weg zu Verhandlungen bleibt kompliziert

Von Volker Perthes

Sowohl die amerikanische wie die iranische Führung sind daran interessiert, miteinander ins politische Geschäft zu kommen. Washington hat sich bereiterklärt, direkt an Nuklearverhandlungen mit Iran teilzunehmen, selbst in Teheran. Die iranische Führung hat die Einladung zu solchen Gesprächen prinzipiell angenommen, auch wenn diese nicht mehr vor den iranischen Präsidentschaftswahlen am 12. Juni beginnen dürften. Danach allerdings dürfte es schwieriger sein, einen substantiellen Prozess zustandezubringen, als viele Beobachter erwarten - und zwar fast unabhängig davon, ob Präsident Ahmadinedschad wiedergewählt wird oder nicht.

Schon die Frage, wer den ersten Schritt zu tun hat, ist umstritten. Präsident Obamas Botschaft zum iranischen Neujahr wurde zwar von iranischer Seite begrüßt. Aber, so ist zum Beispiel von einem eher reformorientierten iranischen Regierungsvertreter zu hören, man sehe dies nur als Antwort auf Präsident Ahmadinedschads Glückwünsche zur Wahl Obamas: "Wir wollen Taten sehen, nicht schöne Worte." Auf die Rückfrage, ob Washingtons Bereitschaft, direkt und offiziell an künftigen Nuklearverhandlungen teilzunehmen, kein konkreter Schritt sei, antwortet der Gesprächspartner: "Nicht wirklich. Das war nur die Korrektur eines Fehlers. Der Ball liegt klar im amerikanischen Feld." Amerikaner werden dies anders sehen.

Abgesehen von solchen Wahrnehmungsunterschieden, dürften die Beteiligten mit nahezu unveränderten Positionen in die Verhandlungen gehen, wenn diese tatsächlich beginnen. So hat die iranische Seite - das gilt auch für die Herausforderer Ahmadinedschads bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl - immer wieder erklärt, dass sie weder auf die Uran-Anreicherung noch auf andere Aspekte des Nuklearprogramms zu verzichten bereit ist. Die "Drei-plus-Drei"-Gruppe (USA, China, Russland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland) jedoch sieht in der Uran-Anreicherung das Hauptproblem. Immerhin hat der Sicherheitsrat bereits in fünf Resolutionen die Suspendierung dieses Programms gefordert. Um sich auf eine Lösung zuzubewegen, müssten sowohl die "Drei-plus-Drei" wie Iran den Spielraum denkbarer Kompromisse erweitern. So hat die Sechsergruppe bislang nicht definiert, welchen Umfang iranischer Nuklearaktivitäten sie letztlich zu akzeptieren bereit wären und welche Sicherheiten, Garantien und politischen Aktionen von Iran gefordert sein würden, um internationale Zustimmung auch zu eigenständiger Anreicherung zu erlangen. Es ist unrealistisch, dass Iran all seine Zentrifugen wieder abbaut. 2003, zu Beginn der Verhandlungen zwischen Iran und Großbritannien, Frankreich und Deutschland, verlangten die iranischen Vertreter, ein Pilotprojekt mit etwa 40 Zentrifugen betreiben zu können. Die Europäer waren damit nicht einverstanden. Heute besitzt Iran mehr als 5000 Zentrifugen. Natürlich werden sie das, was sie haben, zur Basis auch für Verhandlungen über mögliche Grenzen ihres Programms machen. Auf der anderen Seite, in Teheran, denkt man bislang zu wenig darüber nach, welche Beschränkungen des eigenen Atomprogramms man zu akzeptieren bereit sein könnte, um die Welt davon zu überzeugen, dass dieses tatsächlich ausschließlich friedlichen Zwecken dient. Dies dürfte auch daran liegen, dass die iranische Führung selbst noch nicht entschieden hat, wie weit sie das Programm wirklich treiben will. Um einen Konsens innerhalb der Elite zu erhalten, mag es einfacher sein, die Frage offenzulassen. Den Luxus, zentralen Entscheidungen auszuweichen, wird Iran sich nicht mehr leisten können, wenn ein ernsthaftes Engagement beginnen soll.

Entscheidungsprozesse in Iran sind lang und kompliziert. Zeit ist aber zunehmend selbst ein kritischer Faktor. Je länger Verhandlungen und Vorverhandlungen sich hinziehen, desto mehr niedrig angereichertes Uran wird Iran produzieren. Dieses kann aber theoretisch mit derselben verfügbaren Technologie in hochangereichertes, bombentaugliches Uran verwandelt werden. Ein wachsender Vorrat davon in Iran wird andere regionale Akteure, nicht zuletzt Israel, zunehmend nervös machen:

Diejenigen in Israel könnten die Oberhand gewinnen, die glauben, dass ein Militärschlag gegen die Anlagen der beste Weg sei, Iran von einer nuklearen Bewaffnung abzubringen. Zwar wird die Obama-Regierung Israel ein solches Abenteuer nicht erlauben; sie wird aber auch nicht endlos mit Teheran verhandeln. Wenn es innerhalb eines realistischen Zeitrahmens keine Ergebnisse gibt, wird der US-Präsident Iran die Verantwortung zuweisen und internationale Unterstützung für strengere Sanktionen gewinnen.

Auch die politische Lage in der Region macht die Dinge nicht leichter. Israels Likud-Regierung argumentiert, dass es keine Fortschritte im Friedensprozess geben könne, solange Iran sein Nuklearprogramm fortführt. Die arabischen Staaten weisen diese falsche Verknüpfung zwar zurück (die, wenn man sie ernst nähme, Iran ein Vetorecht über israelisch-palästinensische Friedensbemühungen gäbe). Sie sind aber über den wachsenden iranischen Einfluss im Nahen Osten beunruhigt und fürchten zudem, dass Iran eine quasi-hegemoniale Position im Irak und am Persischen Golf gewinnen könnte, wenn es zu einem iranisch-amerikanischen Ausgleich käme.

Die regionale Situation bietet jedoch auch Chancen. So überschneiden sich iranische und amerikanische Interessen im Irak, in Afghanistan und in Pakistan tatsächlich. Beide wollen in Afghanistan keine Rückkehr der Taliban an die Macht, wollen eine Talibanisierung Pakistans vermeiden und unterstützen die derzeitige Regierung im Irak. Es ist deshalb richtig, Iran als vollwertigen Partner in die Bemühungen zur Stabilisierung dieser Länder einzubeziehen. Iran zeigt sich nämlich bemerkenswert pragmatisch, wenn es um Probleme in der unmittelbaren Nachbarschaft geht: Sicherheitsrisiken wie der Drogenhandel aus Afghanistan erlauben keine ideologische Haltung. Selbst eine Zusammenarbeit mit der Nato wird hier nicht ausgeschlossen. Bemerkenswert ist auch, dass sich Iran sich bei der jüngsten Geberkonferenz für Pakistan mit einer Hilfszusage über 300 Millionen Dollar beteiligt hat.

Iran ist kein eindimensionales Land; es muss bei mehr als einem Thema engagiert werden. Man wird über regionale Kooperation in Afghanistan, Pakistan, Irak oder im Persischen Golf ein Mindestmaß an Vertrauen schaffen müssen, das gerade für eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Atomverhandlungen dringend gebraucht wird.

Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. In der Edition Suhrkamp erschien vor kurzem von ihm: "Iran, eine politische Herausforderung". Foto: dpa